

Abgabe von Frühkartoffeln. Donnerstag bis Samstag werden in den Bezirken 17, 18, 20 und 21 italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 10.- per kg und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Rückkehr Wiener Kinder aus der Schweiz. Donnerstag, den 24. ds. um 2 Uhr nachmittags kommt in Wien - Westbahnhof der 17. St. Baller Rücktransport in Wien an. Die Kinder reisten seinerzeit am 22. März in die Schweiz ab. Die Eltern werden gebeten die Kinder abzuholen.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung, vom 23. Juni 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Unter „Ungeannt“ zur Verteilung an Arme ohne Unterschied der Konfession nach meinem freien Ermessen 50.000 K.

Die deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Ortleiburg zu Gunsten der notleidenden Wiener Kinder 2.799 Mark = 11.574 K.

Rupert St. John in Chicago für wohltätige Zwecke 1000 K.

Josefine Gessel zu Gunsten der Armen des 10. Bezirkes ein Legat von 1000 K, ferner für die im Kriege erblindeten Angehörigen der Gemeinde Wien 1000 K, für mittellose Kinder der im Kriege gefallenen Angehörigen der Gemeinde Wien 1000 K.

Die Unter-Tertia des Stuttgarter Mädchengymnasiums zu Gunsten der Wiener Kinder 300 Mark.

Frau Gemeinderat Marie Kramer an kranke Pflinglinge des Wiener Versorgungsheimes 100 K.

Das Kriegshilfskomitee in St. Louis in Amerika 18 Liebesgabenpakete

Ein Antrag der GRin. Marie Wielsch (chr. soz.) wegen Bestimmung von ~~xxx~~ Spielplätzen für die Schuljugend des 2. Bezirkes und besonders für die Schule Feuerbachstraße wird dem Jugendamte zugewiesen.

Ein Antrag des GR. Brofczyner (Soz.-Dem.) wegen Uebernahme des Unternehmens „Lehmann's Wohnungsanzeiger“ in den Gemeindefahrtbetrieb wird dem Magistrat zur sofortigen Berichterstattung zugewiesen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

An Stelle des ausgeschiedenen GR. Domes wird Hr. Franz Drexler (Soz.-Dem.) in den Ausschuss für technische Angelegenheiten gewählt.

Vb. Emmerling berichtet sodann mit Zustimmung der Gemeinderäte unter einem über die beiden Punkte der Tagesordnung, die Arbeitsverträge der Bediensteten und Arbeiter der Straßenbahn sowie

die Fahrpreiserhöhung. Er führt aus: Der erste Kollektivvertrag mit den Angestellten der städtischen Straßenbahnen ist am 30. April ds. J. außer Kraft getreten. Die organisierten Angestellten haben am 23. April neue Forderungen überreicht. Die Verhandlungen darüber haben nahezu 8 Wochen gedauert, woraus zu ersehen ist, wie schwer es war, zu einem Abschlusse zu kommen. Es handelt sich um 16.000 Bedienstete, darunter 484 Funktionäre. Der Vertrag für die Funktionäre kann noch nicht vorgelegt werden, weil wir noch nicht in der Lage sind, ein taugliches Vertragsinstrument zu haben. Die Verhandlungen mit dieser Gruppe werden noch fortgeführt. Nach dem alten Verträge wurden durchschnittlich 24.000 K pro Mann ausbezahlt. Im neuen Kollektivvertrag wurden ganz bedeutende Forderungen gestellt und ~~der~~ Mehraufwand hätte rund 357 Millionen und wenn man noch verschiedene andere Auslagen für den Pensionsfond, die Funktionäre, die Werkstättenarbeiter dazu rechnet, zusammen 400 Millionen betragen. Es war nicht möglich, den Forderungen im vollem Ausmaße Folge zu leisten, weil wir sonst bei der Bedeckung gezwungen gewesen wären, einen Tarif aufzustellen, der andererseits von der Bevölkerung nicht mehr hätte ertragen werden können. Mit den Bediensteten der Kraftstellwagen wird ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden. Der neue Vertrag ist zum Unterschied von dem alten nicht mehr auf eine bestimmte Zeit gebunden, hat jedoch eine dreimonatige Kündigungsfrist.

Nachdem der alte Vertrag am 30. April sein Ende fand, und die Angestellten berechtigt waren, nach dem neuen Vertrag ab 1. Mai entlohnt zu werden, so waren wir gezwungen, eine rückwirkende Kraft des neuen Vertrages festzusetzen.

Die Erhöhung der Löhne muss mit einer Mehrleistung verbunden sein; es sei festgestellt, dass auch die Angestellten das Empfinden hatten, sie müssen mehr als bisher ihre Kraft dem Unternehmen zur Verfügung stellen. Wir haben ~~ix~~ bei den Beratungen darauf verwiesen, dass der achtstündige Arbeitstag dem Unternehmen eine ganz bedeutende ~~xxxx~~ Belastung brachte, und daher Sorge getragen werden muss, insbesondere im Fahrdienst, die einzelne Arbeitskraft mehr in Verwendung nehmen zu können. Wir haben durch den achtstündigen Arbeitstag eine bedeutende Personalvermehrung aufzuweisen, die auch darauf zurückzuführen ist, dass nach dem Umsturz auf einmal viele Tausende von Bediensteten zurückkamen und in den Dienst aufgenommen werden müssen. Dazu kam ferner noch, dass die Kriegsaushelfer nicht plötzlich entlassen werden konnten, so dass wir einen überkompletten Stand hatten, was sich finanziell ungünstig bemerkbar machte. Der Personalstand betrug Ende Juni 1919 18346 Personen und war gegenüber Dezember 1913, wo wir einen Stand von 12081 Personen hatten, um mehr als 6000 Personen stärker. Derzeit haben wir an Beamten und Angestellten einen Stand von 16723 Personen, so dass immerhin

noch ein Abbau von 1640 Personen möglich erscheint. Dieser Abbau kann sich nicht durch eine plötzliche Entlassung vollziehen, sondern wir rechnen damit, dass durch die neuen Bestimmungen des Kollektivvertrages, insbesondere jene über den Fahrdienst uns möglich gemacht wird, dem Personalstand zweckmäßiger in Verwendung zu nehmen und wir dadurch, sowie durch das natürliche Ausscheiden infolge Pensionierungen, Abgang durch Tod und sonstige in die Lage versetzt werden, mit einer Verminderung des Personales rechnen zu können. Die Fahrbediensteten haben sich verpflichtet täglich bis zu 2 Ueberstunden und einmal in der Woche bis zu 3 Ueberstunden zu machen. Sie sind wie bisher zu zwei Unterbrechungsdiensten in 14 Tagen bereit und haben zugestimmt, dass die Pausen zwischen den einzelnen Touren herabgesetzt werden, so dass ein effektiver Dienst von 6 Stunden 20 Min. gegenwärtig 6 Stunden 10 Min. im rollenden Wagen erreicht wird, bei weiterem zwei Ueberstunden kommen wir auf einen effektiven Dienst von 7 Stunden 50 Min., bei drei Ueberstunden auf einen solchen von 8 Stunden 35 Min. Durch diese Massregel wird es möglich, dass auf einzelnen Linien eine Vermehrung der Tourenzahl durchgeführt werden kann, was auch im Kollektivvertrag festgesetzt werden soll, um eventuellen späteren Streitigkeiten auszuweichen. Durch die neue Diensterteilung glaubt die Direktion imstande zu sein, nicht auf einmal aber innerhalb eines Jahres oder etwas darüber den Stand um 7 bis 800 Personen bei gleicher Fahrdienstleistung zu vermindern. Dass bei den neuen Bezügen, die wir nach dem neuen Vertrag zahlen, eine Ersparung von auch nur 700 bis 800 Mann bedeutend ins Gewicht fällt, ist klar. Auch im Werkstättendienst wurde eine Verminderung der Pausen durchgeführt und es muss konstatiert werden, dass obwohl der Vertrag noch nicht zur Gänze wirksam ist, heute schon eine höhere Arbeitsleistung zu bemerken ist. Die finanziellen Wünsche der Angestellten, die in erstem Vertragsentwurf ziemlich hoch gestellt waren, mussten berücksichtigt werden, und zwar deshalb, weil es nicht angeht, dass die grösste Gruppe schlechter daran sein sollte, als die Bediensteten des Gas- und Elektrizitätswerkes. Es war das Bestreben, eine Angleichung mit diesen zu vollziehen. Im Laufe der Verhandlungen hat sich gezeigt, dass dies nicht durchführbar war, was im Wesen des Verkehrsdienstes gelegen ist. Einzelne Kategorien wie besonders die Bauarbeiter und die Arbeit in den Werkstätten würden gerne auf dieser Basis abgeschlossen haben, aber es ging nicht an, für diesen Teil einen Abschluss vorzunehmen. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, dass die wesentlichsten Bestimmungen aufgebaut wurden auf dem ursprünglichen Vertragsentwurf.

Was das materielle anlangt, so war es klar, dass eine Belastung von mehr als 350 Millionen Kronen und mit den Steuern u.s.w.

Über 600 Millionen Kronen nicht ertragen werden könne und es war klar, dass die Deckung nicht durch eine Fahrpreiserhöhung gefunden werden konnte, die von der Wiener Bevölkerung nicht mehr hätte ertragen werden können. Es ist gelungen, die Forderung der Bediensteten von 357 Millionen auf 225 Millionen herabzusetzen.

Was sonst noch übrig bleibt, verteilt sich auf den Kopf mit rund 14000 Kronen einschliesslich der Fondsbeiträge und der Einkommensteuer mit 27000 K. Es ergeben sich also derzeit für einen Bediensteten Auslagen von rund 41000 Kronen mitinbegriffen die Steuerleistung, die Fondsbeiträge, die Überstunden u.s.w.

Die Einnahmen eines Fahrbediensteten werden sich im Monat auf rund 3100 K stellen, das ist eine Steigerung von 43%. Der Gewinn und die Auslagen sind nicht bei allen Arbeitern gleich. Der Vertrag unterscheidet 3 Teile, von denen der eine die Angestellten des Fahrdienstes, der zweite die technische Abteilung und der dritte sämtliche Funktionäre des Verkehrsbetriebes und der Werkstätten umfasst. Was die Entlohnungsverhältnisse anlangt, so ist darauf zu verweisen, dass ~~ähnlich~~ gegenüber dem Verwaltungsdienste in der Gemeinde bei den Unternehmungen das Schema mehr nach der Arbeitsleistung aufgebaut wurde, das heisst, einen höheren Anfangslohn aufweist, der sich unwesentlich steigert. Es war nicht möglich, das Alimentationsprinzip bei Abschluss des Vertrages aus der Welt zu schaffen, weil die Verhältnisse derzeit noch so schlecht sind, dass es unmöglich schien jetzt schon diesen Abbau vorzunehmen. Einzelne Gruppen waren zwar der Meinung, dass dies möglich ist, es war aber unmöglich, dieser Auffassung zum allgemeinen Durchbruch zu verhelfen. Da

Der Vertrag wurde eingehend in der zuständigen Gruppe und in der Personalgruppe beraten und einstimmig angenommen. Es wurden von der Minderheit Abänderungsanträge gestellt, von denen der eine nach 20 jähriger Dienstzeit ein höheres Quartiergeld, und der andere ein höheres Gehalt verlangen. Diesen Anträgen konnte nicht Rechnung getragen werden. Einem Wunsch der Bediensteten nach 15 jähriger Dienstleistung einen 28 tägigen Urlaub zu erhalten, konnte entsprochen werden. Die anderen Bestimmungen des Vertrages sind im wesentlichen nicht verändert worden. Die Qualifikationszulage, die der Vertrag vorsieht, ist mit 6.6 Millionen Kronen eingestellt, über deren Verteilung im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Vertretern entschieden wird. Es wird sich hierbei nicht nur darum handeln, dass die Zulage ein Bediensteter auf Grund seiner Leistung bekommt, sondern sie kann auch aberkannt werden. Es ist in einem technischen Betrieb eben nicht gleichgültig, wie die Arbeit geleistet wird; eine gute und rasche Arbeit kann ungleich mehr bringen, als die Ausgaben von 6.6 Millionen Kronen besagen.

Die Bedeckung ist der zweite Teil meines Referates. Diese kann nur darin gefunden werden, dass einer höheren Ausgabe größere Einnahmen gegenübergestellt werden. Wenn wir auf Grund der uns erstmalig übersendeten Forderungen einen Tarif erstellt hätten, so wären wir zu einer Normalkarte von K 4.- gekommen. Ein Ding der Unmöglichkeit! Wir haben, als wir den Tarif am 18. Februar erhöhten, leider verzei-

nen müssen, dass ein bedeutender Frequenzzrückgang in die Erscheinung trat. Wenn es zu einer Karte von 4 K gekommen wäre, würde der Frequenzzrückgang zweifellos so groß gewesen sein, dass wir nahezu gar keinen finanziellen Erfolg erzielt hätten. Wir haben uns von dem Gesichtspunkte leiten lassen, dass es notwendig ist, auf die Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die noch immer unter den hohen Preisen der Lebensbedingungen leidet. Der ureprüngliche Vorschlag der Direktion mußte auf eine gänzliche Deckung des Zehraufwandes aufgebaut werden. Es konnte aber bei diesem Vorschlage nicht bleiben. Es wurden daher eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, und wir haben uns zu dem bereit erklärt, der im Wesen darin besteht, eine Erhöhung der Normalkarte um 30 % vorzunehmen. Wir haben bei dem heutigen Vorschlage darauf Bedacht genommen, noch mehr als bisher, die Vorverkaufskarte in Verwendung zu bringen. Wir haben daher für die Vorverkaufskarte den Preis mit K 2.60 angesetzt und für jene Leute, die nur hier und da fahren, und die Karten auf dem Wege lösen, mit 3 K festgesetzt. Wenn wir die Mehrkosten von 225 Millionen und alle anderen mit dem Gegenstand verbundenen Auslagen in Betracht ziehen, so haben wir 311 Millionen Kronen zu bedecken.

Das vorgeschlagene Tarifierhöhung ergibt eine Mehreinnahme von 346 Millionen Kronen, so daß wir gegenüber der Belastung von 311 Millionen allerdings rechnungsmäßig eine Mehreinnahme von 35 Millionen aufweisen können. Man wird aber auch bei dieser Tarifierhöhung, so gering sie in den einzelnen Ansätzen ist, zweifellos mit einem Abfall zu rechnen haben, und insbesondere mit einer ganz gewaltigen Veränderung und Verschiebung innerhalb der einzelnen Kartengattungen. Diese Veränderung, einerseits den Abgang und andererseits das Ab- und Zuwandern auf andere Kartengattungen, veranschlagt die Direktion mit einem Ausmaße von 34.8 Millionen Fahrten im Geldbetrage von 126 Millionen Kronen. Wir haben also gegenüber den auf Grund des Kollektivvertrages sich ergebenden Mehraufwand von 311 Millionen Kronen mit einer Mehreinnahme durch die Tarifierhöhung von 220 Millionen Kronen zu rechnen, so daß noch 91 Millionen Kronen unbedeckt bleiben. Es ist notwendig festzustellen, daß durch diese Tarifierhöhung nicht der ganze Betrag, den wir zu zahlen haben, gedeckt wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der eine oder andere Gemeinderat sich mit Recht fragt, wie die Straßenbahn-Direktion, der Stadtsenat und der Gemeinderat das verantworten kann, wenn die Straßenbahn schon im Jahre 1918/19 ein Defizit und für das Jahr 1919/20 keinen Überschuss aufweist, und für das Jahr 1920/21 trotz der Tarifierhöhung 90 Millionen Abgang präliminiert. Dafür sei folgende Begründung gegeben. Wir haben bei der Erstellung dieser 311 Millionen eine Post von 36 Millionen, die nur einmal wirksam ist, weil dieser Betrag rückwirkend zur Zahlung kommt, wir haben den Be-

triebsabgang für 1918/19 mit 18 Millionen Kronen in Rechnung gestellt so daß für das kommende Geschäftsjahr einigermaßen eine Entlastung vorhanden ist. Allerdings kommt dazu noch eine Belastung, die wir heute ziffermäßig noch nicht erfassen können, das ist jene, die uns erwächst durch die Zahlung jener Kupons, die ins Ausland gewandert sind, und die wir in Mark- und Frankwährung einlösen müssen und für die in früheren Jahren eine Reserve nur in Kronenwährung vorhanden ist. Die Reserve war aufgebaut auf dem Max Normalkurs, der 95,100 stand, während wir jetzt einen Kurs haben, der ganz ruinös ist.

Redner bespricht nun die einzelnen Kartengattungen und hebt hervor, daß die Tagesfahrtscheine, zu K 2.60 im Vorverkauf von jedermann gelöst werden können, da man sie schon in Heften zu 5 Stück und an sehr vielen Abgabestellen kaufen kann. Ueberdies haben diese Karten 3 Monate Geltung. Es ist also kein Grund vorhanden, von einer Dreikronenkarte zu sprechen. Er betont weiter, daß im Tarifgebiet II in der ersten und zweiten Teilstrecke keine Erhöhung vorgenommen wurde. Ebenso auch nicht für die Fahrtscheine zum Rathaus an Nichtrententagen und nach Rotensiedl. Weiters hebt der Referent hervor, daß die ursprünglichen Ansätze verschiedener Karten eine Ermäßigung gegenüber der ersten Vorlage erfahren haben. So wurde der Preis für die Halbjahresnetzkarten mit 2.300 K, für die Monatsnetzkarten mit 420 K und für die Streckenkarten mit 150 K, 190 K und 230 K in der ersten, zweiten bzw. dritten Teilstrecke festgesetzt. Wenn man annimmt, daß die Strecken im Tage viermal befahren wird, so hat man unter Zugrundelegung von 25 Fahrtagen im Monat 100 Fahrten. Es kostet daher eine Fahrt mit der Streckenkarte K 1.50 in der ersten Teilstrecke, K 1.90 in der zweiten und K 2.30 in der dritten Teilstrecke. Es sind dies ganz bedeutende Begünstigungen, die die Streckenkarten bieten und die Gemeinde hat dabei im Auge, daß eine wesentliche Vermehrung der Streckenkarten eintreten wird. Schließlich weist Redner darauf hin, daß ein Fahrgast, der ohne Karte auf dem Wagen angetroffen wird, statt 4 K nunmehr 6 K zu zahlen haben wird; diese Maßnahme wurde als erzieherisches Moment getroffen.

Die Berechnungen ergaben einen Betrag von 346 Millionen Kronen, 126 Millionen Kronen beträgt der errechnete Abfall und zum Teil auch der Übergang von einer Kartengattung auf die andere, so dass noch 91 Millionen Kronen unbedeckt bleiben.

Es ist schwer zu ermitteln, welche Wirkung eine solche Tarifierhöhung hat. Wir haben uns aber gesagt, je weniger fühlbar sie ist, und je mehr Erleichterungen sie schafft, desto geringer wird der Abfall sein. Es ist zu hoffen, dass der Abfall nicht so gross sein wird, als man ihn in Anrechnung bringen mußte, umso mehr als ausreichende Möglichkeiten zur Beschaffung von Vorverkaufskarten geschaffen wurden.

Mit den Tarifen auf der Strassenbahn mussten auch die Tarife der Kraftstellwagen und der Kraftstellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf erhöht werden. Die gewaltigen Kosten, die bei der Kraftstellwagenunternehmung ~~mit~~ durch die Personalforderung und die hohen Sachkosten, erwachsen, haben dazu geführt, dass das Unternehmen unrentabel geworden ist. Auch hier wird mit einem Abfall zu rechnen sein, besonders wenn die Fahrzeit bei der Strassenbahn von 9 Uhr 30 Min. auf 11 Uhr verlegt werden wird. Bei diesem Unternehmen ist mit einer Mehrausgabe von 22 Millionen Kronen zu rechnen. Ebenso ist eine Erhöhung der Fahrpreise der Kraftstellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf notwendig geworden.

Wir waren nach der einen Seite gezwungen, den Forderungen der Bediensteten nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und auf der anderen Seite dafür zu sorgen, dass eine entsprechende Bedeckung gefunden wird. Wir glauben aber auch den Nachweis erbracht zu haben, dass die Erhöhung der Tarife, so sehr sie auch die einzelnen Haushalte belastet, eine solche ist, dass sie im Rahmen eines Budgets noch untergebracht werden kann und dass sie keine katastrophalen Wirkungen auslösen wird, weil darauf Bedacht genommen wurde, dass die Erhöhungen für die Bevölkerung noch erträglich sind, und dass insbesondere jene Schichten der Bevölkerung, die früh, mittags und abends berufsmässig die Strassenbahn benutzen müssen, nicht allzu stark betroffen werden.

Bgm. Reumann teilt mit, dass GR. Anton Draxler mit 118 Stimmen von abgegebenen 121 Stimmen als Mitglied des technischen Ausschusses gewählt wurde.

Vorsitzender Stellvertreter GR. Skaret übernimmt den Vorsitz.

GR. Vaugoin (christlich-sozial) sagt, er halte einen Kollektivvertrag für städtische Angestellte überhaupt nicht für geeignet. Die Gemeindeunternehmungen könnten sich eben nicht mit der Privatindustrie vergleichen. Es ist, setzt Redner fort, in Ihrem Parteikreisen eine zweifache Absicht bei diesen Kollektivverträgen vorherrschend. Die eine ist fein zu organisieren, die eigene Gewerkschaft zu stärken und andererseits zahlt die Kosten natürlich nicht die Gewerkschaft, sondern die Gemeinde Wien. Wenn ich den Vertrag selbst zur Hand nehme muss ich erklären, dass ich nicht damit einverstanden bin, dass der dritte Teil des Vertrages, welcher mit den 4 Funktionen ausgestaltet wurde. Abgeschlossen wurde der Vertrag zwischen der Gemeinde Wien und dem Handels- und Transportarbeiterverbände. Ich konstatiere, dass bei den ganzen Monate langen Verhandlungen kein einziger Gemeinderat der Minderheit aber auch kein einziger Vertreter der christlichen Gewerkschaft

der Eisenbahner, welcher ziemlich viele Mitglieder aus den Kreisen der Strassenbahner zählt beigezogen wurde. Das kann doch unmöglich ein Vertrag genannt werden, der zwischen der Gemeinde Wien und den Strassenbahnbediensteten abgeschlossen worden ist, wenn auf der einen Seite nur die Mehrheit und auf der anderen die der Mehrheit angehörige Gewerkschaft sich befindet. Ich protestiere bei dieser Gelegenheit dagegen, dass sowohl die christliche Gewerkschaft als auch die Minderheit des Gemeinderates von den Verhandlungen ausgeschlossen war. In dem Punkte Arbeitsverpflichtung haben Sie den Achtstundentag, wenn auch nicht mit Worten, so doch in der Tat abgeschafft. Sie, die ihn durch 20 Jahre verlangt haben. Es werden zwei Stunden als obligate Ueberstunden eingeführt. Das ist allerdings kein Fortschritt gegen die von Ihnen als rückschrittlich bezeichneten Christlichsozialen Angestelltenvorsorge. Wir haben die 9 Stunden-Dienstzeit gehabt, während jetzt 10/eingeführt wurden. Der Achtstundentag hat nicht den Zweck Ueberstunden zu machen, sondern die Arbeitskraft der Arbeiter zu erhalten. Zu dem Punkte Entlohnung habe ich keinen Änderungsantrag, möchte ich aber unter die Lupe nehmen. Sie beginnen mit 780 Kronen und die höchste Entlohnung ist 1050 K. Das ist eine Steigerung von 270 K für eine 28 jährige Dienstzeit. Das soll ein anspruchsvoller, ein braver, tüchtiger und fleißiger Arbeiter zu sein. Das ist ein verfehltes System der Besoldung. Auch beim Quartiergeld ist ein merkwürdiges System der Ermessung zu sehen und ich beantrage, dass allen jenen Bediensteten, die mehr als 20 Dienstjahre haben, das Quartiergeld auf 90 K erhöht wird. Die Teuerungszulage wurde mit 575 K festgesetzt, Weichenwärter und Frauen sollen 300 K bekommen. Das macht eine Partei, die sagt, dass jeder Mensch den gleichen Magen und den gleichen Hunger hat. Ich beantrage, dass den Weichenwärttern und den Frauen die gleiche Teuerungszulage, wie den anderen Bediensteten gegeben wird. Eine Ueberstunde wurde mit 1/208 des Monatsbezuges festgesetzt. Das wird eine schwere Berechnung geben und man wird mehr Personal hierfür brauchen. Es wäre auch zu wünschen, dass bei der Festlegung der Nachdienstzeit eine Änderung eintritt, und ich beantrage, dass der Nachdienst von der gesetzlichen Haustorsperre bis um 6 Uhr Früh zu rechnen ist. Bei der gleichzeitigen Zulage wurde eine Kombination zwischen dem Alimentsprinzip und dem Leistungsprinzip angewendet, die sonst in keinem Kollektivvertrag zu finden ist und mit der die Bediensteten wahrscheinlich auch nicht zufrieden sein werden, denn mit Einbeziehung der Kinderzulage wird ein verheirateter Bediensteter, der eine 10köpfige Familie zu erhalten hat, um 900 K mehr bekommen, als ein lediger Bediensteter.

Was das Gehalt anbelangt, verlangte die Organisation 30 Kronen ein Betrag, der als durchaus angemessen bezeichnet werden kann. In den Verhandlungen ist es auf 17 Kronen herabgesetzt worden, ich glaube aber, dass dieser Betrag finanziell nicht ins Gewicht fällt. Ich werde für den Kollektivvertrag stimmen, möchte aber bemerken, dass das System, dass Sie bei den städtischen Angestellten eingeführt haben, dazu führen könnte, dass Sie eines Tages vor einer Katastrophe stehen, wie sie die Geschichte dieser Stadt nicht erlebt hat. Wir sind am Ende unserer Mittel und es wäre höchste Zeit zur Umkehr, sonst ist der Tag nicht mehr ferne, wo an einem schönen Ersten die städtischen Angestellten bei der Hauptkasse umsonst um ihren Gehalt anklopfen werden.

GR. Gabfale Walter (christl.-soz.) verweist darauf, dass die Frauen bei den städtischen Strassenbahnen die aller geringsten Entlohnungen beziehen und beantragt weiters in den Kollektivvertrag für die Angestellten Frauen besondere Bestimmungen über den Mutterschutz festzusetzen.

GR. Grünwald (Soz.-Dem.) In den Ausführungen Vaugoin's über die Lohnsysteme zieht sich gleich ein roter Faden die Anschauung als hätten lediglich wir darüber zu bestimmen, in welcher Art wir unsere Bediensteten entlohnen sollen. Es wird zweckmässig sein, sich einmal auch auf der Gegenseite darüber klar zu werden, dass die alten guten schönen Zeiten vorbei sind, in welcher lediglich die Gemeindeverwaltung zu diktieren und die Angestellten alles dankbar hinzunehmen hatten. Man muss sich mit der Tatsache abfinden, dass die Arbeiterschaft heute mündig geworden ist, und ebenso viel Recht für sich in Anspruch nimmt und auch die Möglichkeit hat, ihr Recht durchzusetzen, über die Lohnbestimmungen als gleichberechtigter Faktor mitzureden und mit darüber zu beschliessen. Wenn die Arbeiterschaft auf dem Standpunkte steht, dass das Lohntarifsystem das beste ist, dann haben wir uns mit dieser Tatsache abzufinden, und uns nur zu bemühen, daraus das einfachste und zweckmässigste für die Bediensteten und die Gemeinde zu holen.

Es ist auch Beschwerde darüber erhoben worden, dass die Gemeinde den Vertrag mit dem Handels- und Transportarbeiterverband abgeschlossen hat und zu den Verhandlungen andere Verbände nicht herangezogen wurden. Wer berufen sein soll, die Interessen der Arbeiter zu wahren, hat einzig und allein der Arbeiter zu bestimmen. Ich will zugeben, dass der christlichsoziale Eisenbahnverein auch einige Mitglieder hat; aber mit derselben Berechtigung, ihm zu den Verhandlungen beizuziehen, könnte dies auch der Kollege Klimes verlangen, indem er sagt, dass es einen tschechisch-nationalen Strassenbahnerbedienstetenverein gibt und das gleiche könnte auch GR. Dr. Plaschkes verlangen, indem er sagt, dass es einen jüdischnationalen Strassenbahnerverein gibt. Solche Verhandlungen, wie sie dem Vertrage zugrunde liegen, können aber nur in einer autoritativen Körperschaft geführt werden und nicht in einer Volksversammlung. Ein Vertrag wie der vorliegende ist ein Kompromiss ausgestellt mit allen Vorteilen und Nachteilen eines Kompromisses. Es könnte vielleicht manches in dem Vertrage anders aussehen. Aber es wird doch zugegeben werden, dass Dinge, die bemängelt wurden, durch andere aufgewogen werden. Das Kompromiss hat zum Inhalt, dass sich verschiedene Dinge kompensieren und was Vaugoin als besserungsbedürftig bezeichnet hat, wird eben an anderer Stelle kompensiert. Es ist ein müssiges Beginnen, bezüglich des Inhaltes des Vertrages Abänderungen zu beantragen. Die Vereinbarungen wurden von den Vertretern der Arbeiterschaft von der Gemeindeverwaltung getroffen. Es wurden Abänderungsanträge gestellt und diese müssten bei ihrer Annahme wieder dem Verhandlungskomitee unterbreitet werden, dann müsste die ganze Sache wieder vor den Gemeinderat kommen und das könnte dann immer so fort gehen. Der Vertrag liegt als ein geschlossenes Ganzes zur Annahme oder Ablehnung vor.

GR. Rummelhardt (christlichsozial): Dann ist die ganze Beratung eine Komödie.

GR. Grünwald: Wir haben die Komödie durch Herausreissung einzelner Bestimmungen aus dem Vertrage nicht gemacht. Es führt zu keinem Resultat, an einzelnen Punkten des Vertrages zu deuteln und zu sagen, es mögen Aenderungen gemacht werden.

Auf einen Zwischenruf wegen des Achtstundentages hat GR. Vaugoin mit dem Wort „Umlernen“ geantwortet. Ich muss sagen, dass noch niemand so gründlich umgelernt hat, in diesem Saale wie Kollege Vaugoin. Sie haben uns den Achtstundentag bei allen möglichen Verhandlungsstücken wie z.B. Gebarungüberschreitungen beim Versorgungshaus, bei den Friedhofgebühren u.s.w. als Schuld vorgehalten.

GR. Rummelhardt (christl.-soz.): Was hat Kollege Siegel gesagt bei den Friedhöfen?

GR. Grünwald: Es handelt sich nicht um den Unfall des GR. Siegel, sondern um den Unfall des GR. Vaugoin. Heute tritt Vaugoin als Ankläger auf, weil in dem Vertrag auch das Recht enthalten ist, dass 2 Ueberstunden gemacht werden und sagt, dass das Prinzip des Achtstundentages preisgegeben wurde. Es ist im Vertrage nichts von einem 10-Stundentag zu sehen, sondern es ist darin nur ausgesprochen, was das Gesetz über den Achtstundentag sagt. Und wenn bei der Beschlussfassung des Gesetzes in der Nationalversammlung von keiner Seite ein prinzipielles Verlassen des Achtstundentages erkannt wurde, dann dürfen Sie auch nicht behaupten, dass wir den Achtstundentag preisgegeben haben.

Was die Wahl in das paritätische Komitee nach dem Proporz anbelangt, so ist es wohl ganz selbstverständlich, dass über die Einhaltung des Vertrages und seine Durchführung nur jene mit beraten und beschliessen können, die eben diesen Vertrag abgeschlossen haben und das ist der Handels- und Transportarbeiterverband. Sie müssen sich eben bemühen, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen, gegenwärtig haben Sie es allerdings nicht. Meines Erachtens ist der Vertrag entweder in seiner Gänze anzunehmen oder abzulehnen. Ich bitte ihn zur Gänze anzunehmen, damit die Arbeiterschaft zu ihren berechtigten Ansprüchen kommt.

GR. Waldsam (christl.-sozial) Ich bestreite gar nicht, dass die Organisation der Arbeiter allein über ihre Verträge zu entscheiden wünsche, nehme aber dieses Recht auch für die christlichen Arbeiter in Anspruch. Es gibt einige Tausend solcher und wenn die Gefahr nicht bestünde, dass Ihre Zahl von Tag zu Tag wachse, wäre die Aufregung unter den Sozialdemokraten nicht so gross. Auch Sie haben schon Verträge abgeschlossen, bei denen mehrere Verbände mitgewirkt haben.

GR. Grünwald (Soz.-Dem.): Das ist geschehen mit Zustimmung der Gesamtheit der Arbeiter.

GR. Rummelhardt (christl.-soz.): Wo ist bei den Strassenbahnern die Gesamtheit?

GR. Waldsam (christl.-soz.): ~~XXXXXXXXXXXX~~ Sehr sonderbar ist auch die Aeusserung, dass Abänderungsanträge dieses Vertrages zu erbitterten Kämpfen führen würden. Ich kann nicht glauben, dass wegen der beantragten Erhöhungen es zu Kämpfen der Arbeiter kommen wird. Kann nur nochmals bedauern, dass wir bei diesen Verhandlungen nicht vertreten waren.

GR. Angeli (chr. soz.) weist darauf hin, daß gerade Bürgermeister Lueger es war, der die Strassenbahner aus den Händen der Kapitalisten gerettet habe und für sie erträgliche Verhältnisse geschaffen habe.

Die Dienstzeit sei von 35 auf 30 Jahr verabgesetzt werden, die Pension sei eingeführt werden und es muß festgestellt werden, daß auch die christlichsoziale Partei um die Strassenbahner angenommen hat.

Zu den Tarifierhöhungen müsse gesagt werden, daß sie schon zu dem städtigen Programm im Gemeinderat gehören. Wie soll bei diesen Erhöhungen eine Kontantin, ein Angestellter u.s.w. die Strassenbahn benutzen können?

GR. Ferstner (Soz. Dem.): Zeigen Sie uns einen andern Weg!

GR. Angeli (chr. soz.): Der erste Weg wäre der, daß Sie uns nicht den Boykott gegen Ungarn gebracht hätten. Das ist ein Verbrechen an der Bevölkerung.

An die Worte knüpfen sich lebhafte Zwischenrufe zwischen den Christlichsozialen und Sozialdemokraten, die immer heftigeren Charakter annehmen. Man hört die Rufe: Volkerverführer, Bela Kun-Verteidiger, Bluthunde, wahre Christen, Hochverdauliche. Die Lärmszenen dauern geraume Zeit an und es hat den Anschein als ob es zu Tötlichkeiten kommen würde.

Vorsitzender Stellvertreter GR. Skaret (Soz. Dem.) unterbricht die Sitzung. Der Lärm dauert noch an, legt sich aber allmählich durch das Eingreifen besonderer Gemeinderäte.

Vorsitzender Stellvertreter GR. Skaret nimmt die Sitzung wieder auf und ersucht die Gemeinderäte, sich bei den Verhandlungen so heftiger Gegenrufe zu enthalten.

GR. Angeli (chr. soz.): GR. Kurz hat gegen mich das Wort Bluthund gebraucht und ich ersuche den Herrn Vorsitzenden um den Ordnungsruf.

Vorsitzender GR. Skaret: Ich kann nicht konstatieren, wer Bluthund geiffen hat und bitte in der weiteren Verhandlung Ruhe zu bewahren.

Rufe bei den Christlichsozialen! GR. Kurz hat gerufen Bluthund.

Vorsitzender GR. Skaret: Herr GR. Kurz haben Sie den Ausdruck Bluthund gebraucht?

GR. Kurz (Soz. Dem.): Wenn sie das Hochverdauliche verteidigen, dann sind Sie Bluthunde.

Beifall bei den Sozialdemokraten.

GR. Beber (chr. soz.): Das ist eine schöne Gesellschaft!

GR. Boabeck (Soz. Dem.): Eine solche Gesellschaft wie Sie, wird auf!

Vorsitzender GR. Skaret: Ich weise den Ausdruck des Herrn GR. Kurz auf das entschiedenste zurück und rufe ihm zur Ordnung. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

GR. Angeli (chr.-soz.): Ich erkläre, daß wir das System Horthy nicht verteidigen, daß wir den weißen Terror ebenso verdammen, wie die Hinmordung von Christen unter Bela Kun und Szamuely.

Wenn Herr GR. Forstner gestattet, werde ich wieder zur Fahrpreiserhöhung sprechen. GR. Angeli stellt schließlich den Antrag, allen jenen Personen, welche in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen, deren Wohnort vom Dienstort zwei km entfernt ist, und die nicht über ein Einkommen von mehr als 18.000 K verfügen, gegen Nachweis ermäßigte Streckenkarten auszufolgen.

GR. Weigl (Soz.-Dem.): Kollege Vaugoin hat wieder das alte Lied gesungen, daß es für die Gemeindebeschäftigten das glücklichste wäre, in eine allgemeine Dienstordnung eingeschachtelt zu sein. Von dieser Dienstordnung ist aber heute kaum mehr ein Faden vorhanden und was für die Arbeiterschaft besser ist, darauf hat sie schon die Antwort gegeben. Ich will ohne weiteres zugeben, daß es für die Gemeindeverwaltung bequemer wäre, ein allgemeines Schema zu haben, aber die Mitglieder unserer Partei sind nicht darauf erpicht unter allen Umständen bequem zu arbeiten. Die Arbeiter sind schon s einerzeit und nur deshalb den freien Gewerkschaften zugeströmt, weil sie wissen, daß ihre Lohninteressen dort so geführt werden, wie es ihren Bedürfnissen entspricht. Wenn Vaugoin es beklagt, daß Mitglieder seiner Partei bei den Verhandlungen nicht dabei waren, kann ich nur sagen, so lange wir die Möglichkeit haben, die Mehrheit einer Berufsgruppe in einer Organisation zu vereinigen, werden wir immer den demokratischen Prinzipien und damit den Beschlüssen der Mehrheit Rechnung tragen. Speziell bei den Straßenbahnen ist seine Organisation schon lange zum Schein geworden.

GR. Vaugoin (chr.-soz.): Aber bei Ihnen zahlen sie monatelang nichts ein!

GR. Weigl (Soz.-Dem.): Beruhigen Sie sich, bei uns bestehen sehr strenge Bestimmungen darüber, welches dies unmöglich macht. Was den Vertrag angeht so nimmt er auf alles Bezug, was die Arbeiter zu ihren Bedürfnissen brauchen. Die zwei Ueberstunden waren auch im alten Vertrag schon enthalten. Es ist aber nirgends darüber ein Wort gesagt, daß sie obligatorisch, sondern nur, daß sie zulässig sind. Das Uebersinkommen enthält natürlich nicht alles, was die Bediensteten heute wünschen müßten. Aber größere Zugeständnisse sind durch die derzeitigen Verhältnisse unmöglich. Das haben bisher auch die Veräuernsmänner des Bediensteten eingesehen und heute noch wird die große Massenversammlung, an der auch die Parteigenossen Vaugoins teilnehmen, das endgültige Wort darüber sprechen.

Was die Anträge der Frau GR. Walter wegen des Mutterschutzes anbelangt, verweise ich darauf, daß dies nicht Sache des Arbeitsvertrages, sondern der Krankenkassa und im übrigen des gesetzlichen Schutzes ist. Die Frage der Ueberstunden ist auch in anderen Betrieben so geregelt und was von der Kombination des Leistungsprinzipes und des Alimentationsprinzipes gesagt wurde, trifft auch in anderen Betrieben zu. Zur Frage des Zehrgeldes muß gesagt werden, daß in der Vorlage der Grundlohn ungekürzt aufgenommen wurde, daß dafür bei anderen Posten Streichungen gemacht wurden. Hier spielt leider auch die Wohnungsmiet- und eine ~~Transfer~~ Transferierung von Bediensteten ist nicht möglich ohne ihnen nicht zu schaden. GR. Vaugoin hat Abänderungsanträge gestellt und gesagt, daß das System des Weg zur Katastrophe gehe. Es geht aber nicht an auf der einen Seite zu sagen, es geschieht zu wenig und auf der anderen Seite zu sagen, es geschieht zu viel und man treibt der Katastrophe zu. Wir hoffen aber, daß die Bediensteten den Vertrag, deren schwierigen und langen Verhandlungen zustande kam und einen Ausgleich zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer darstellt, zustimmen. Der Gemeinderat muß seine Unterhändler bei den Verhandlungen durch seine Zustimmung zum Abschluß des Vertrages unterstützen. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

VB. Emmerling sagt in seinem Schlußwort, daß es nicht richtig ist, daß der Achtstundentag abgeschafft werde durch die Annahme des Kollektivvertrages, sondern daß in dem Vertrage nur eine Möglichkeit gegeben sei, den Achtstundentag auswirken zu lassen. Beim Quartiergeld ist eine Erhöhung beantragt worden. Unden ist hier nicht, wie GR. Rummelhardt sagte eine Komödie sondern eine Beratung des Gemeinderates für ~~die~~ Verhandlungen mit dem Handels- und Transportarbeiterverband. Die Teuerungszulage wurde als ungerrecht bezeichnet und auch die Kinderzulage wurde bemängelt. Da muß gesagt werden, daß die Kinderzulage an die Teuerungszulage nicht mit einbezogen wird. Es wurde ein paritätisches Lohnkomitee nach dem Proporz verlangt, ein solches würde aber keine Parität darstellen. Was das Zehrgeld anlangt, so könnte diesen Uebelständen auf einzelnen Bahnhöfen nur dadurch abgeholfen werden, daß Wohnhäuser für die Bediensteten gebaut werden, was aber leider nicht möglich ist. Bei der gleitenden Zulage war das Leistungsprinzip maßgebend, wovon in diesen Verträge nicht abgegangen werden könnte, wenn auch gesagt werden muß, daß man bemüht ist einen Abbau des Alimentations- und Leistungsprinzipes vorzunehmen. Dem Antrage der GRin Walter stimme Referent bei und zu dem Zwischenfall, der sich wegen des Boykottes gegen Ungarn abgespielt habe, möchte Re-

ferent bemerken, daß dort die Straßenbahn nach 8 Uhr abends viel mehr kostet als bei uns. Wenn GR. Angeli die Abstufung des Tarifes beantragt hat, so liege die Möglichkeit eines solchen Antrages in einer Zeit, in der wir in der Lage sein werden, uns mit dem Abbau der Preise zu beschäftigen. Dann wird es möglich sein, Abstufungen nach dem Vermögensverhältnissen zu treffen und jene Bevölkerungsschichten eines Vorteiles teilhaftig werden zu lassen, die wegen ihrer Vermögensverhältnisse dazu ausersehen sein müssen.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge Vaugoin, Angeli abgelehnt, der Antrag der GRin. Walter an den Ausschuß für Sozialpolitik gewiesen, der Vertrag unverändert angenommen.

+ + +  
Die für Freitag um 4 Uhr nachmittags angesetzte Gemeinderatssitzung beginnt bereits um 3 Uhr.

+ + +  
GR. Breuer (chr.-soz.) übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.) bemerkt ebenfalls einleitend, daß man über den Vertrag nicht mit der Gesamtheit der Bediensteten verhandelt habe. Daß die Majorität kein Verständnis für die Bedürfnisse seiner Minderheit aufbringe, mach ihr keine Ehre und er gebe nur der Hoffnung Ausdruck, daß die in Zukunft im guten oder schlimmen dazu komme, auch die Rechte der Minderheit zu achten. Was das Verhältnis zu Ungarn anbelange, so wisse die Majorität ganz genau, daß alle in diesem <sup>Salle</sup> ~~Salle~~ darüber einig sind Gewalttaten <sup>mit</sup> aller Schäfte zurückzuweisen und sie das tiefste zu beklagen. Eine andere Frage ist es, was dagegen zu tun sei, und ob wir als Ausländer und ein so schwacher Staat uns dahinein mischen dürfen. Es sei die <sup>Besorgnis</sup> ~~Besorgnis~~ darüber nicht von der Hand zu weisen, daß gerade das magyarische Element auf das allerstärkste erzürnt werden könne und man nicht wisse, was für ein Unglück daraus entstehen könnte.

Zu der Tarifvorlage übergehend bemängelt der Redner die Art und Weise wie diese Vorlage verberereitet wurde. Es liege noch immer kein Bericht über die Wirkungen der verschiedenen Tarifierhöhungen vor und die Ziffernansätze der jetzigen Vorlagen seien sehr pagatellmäßig ausgefallen. Wir sind in einer Zeit, wo nach der Ansicht der verschiedensten Kreise eine gewisse Hoffnung auf Stabilisierung der Preise besteht, man könne es schwer verantworten, jetzt noch die Steigerung der Tarife eine neue Teuerungswelle heraufzubeschwören, da diese Erhöhung mehr als irgend eine andere auf das Budget der gesamten Bevölkerung zurückwirft.

Der Tarif wird in der Hauptkarte auch nicht auf K 2.60 sondern in Wirklichkeit um 50 % auf K 3.- erhöht. Von den 450 Millionen errechneter Fahrgästen entfallen 33 Millionen auf die im Vorverkauf gelösten Karten. Von diesen entfällt ein großer Teil auf Streckenkarten und Netzkarten. Die sind also nicht einmal ein Zehntel <sup>der</sup> im Vorverkauf gekauften Karten. Es ist also der größte Teil der Fahrgäste, der 3 K zahlen müssen. Man aber diese Tarifpolitik auch nicht vom Standpunkte ihrer Leistung und der Oekonomie des Unternehmens rechtfertigen. Denn jene Leute, die täglich auf der Straßenbahn fahren, sind die tragreicheren und nicht die, die gelegentlich fahren. Durch die 40 Heller Preisdifferenz, die Sie einführen, wird eine Bevölkerungsschicht belastet, die nicht die tragfähiger ist. Sie rechnen eben nur mit Fabrikarbeitern, aber es gibt in Wien auch noch andere Leute und die werden von der Tarifierhöhung äußerst schwer getroffen. Über diese Leute gehen Sie hinweg und betrachten sie als der Gemeinde schuldig und sie müssen Strafe zahlen. Meine Partei kann für die Vorlage nicht stimmen, die Berechnungen des Kostenaufwandes sind lückenhaft und nicht genügend ausgearbeitet. Es fehlt jede Statistik und es sind Ziffern vorgelegt worden, bei denen man nicht die Beruhigung haben kann, daß sie ausreichend erwogen sind. Sie werden bei Annahme der Vorlage einen Beschluß fassen, der sich bei der weiteren Entwicklung der Dinge schwer rächen wird.

GR. Rotter (chr. soz.) wies den Sozialdemokraten vor, daß sie heute als Verwalter von Wien durch ihre ehemalige Schlagwortpolitik täglich mit ihren Prinzipien in Konflikt geraten. Die früher hochaktiven städtischen Unternehmungen sind heute gänzlich ruiniert und stehen trotz der enormen Tarifierhöhungen vor dem Bankerott. Bei der Straßenbahn allein habe die jetzige Mehrheit über 800 Millionen aus der Tasche gezogen. Während aber früher bei geringfügiger Erhöhung von 2 Heller der ganze Wiener liberale und sozialdemokratische Blätterwald ein furchtbares Geschrei erhoben habe, herrsche heute über allen Gipfel Ruh.

VB. Hoss übernimmt den Vorsitz.

Frau GR. Marie Vielsch (chr. soz.) stellt eine Reihe von Abänderungsanträgen zu der Tarifvorlage.

GR. Forstner (Soz. Dem.) erwidert auf die Angriffe des GR. Angeli wegen des Boykotts gegen Ungarn und sagt, daß in Ungarn die Revolution und Gegenrevolution schon ein Jahr vorbei sind und die Greuelthaten kein Ende nehmen. Die Greuelthaten in Ungarn sei nicht mehr auf das Konto der Revolution oder

Gegenrevolution zu buchen, die sind schon eine Kulturschande. Wenn der Boykott als die Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates bezeichnet wird, dann wäre die lebende Generation vor der Geschichte gebrandmarkt, wenn sie sich gegen solche Dinge nicht erheben würde. Die Bestialität <sup>in</sup> in Ungarn werden unter der christlich-nationalen Flagge begangen. Es wäre kein Wunder, wenn auf der ganzen Welt eine Austrittsbewegung einsetzen würde, wenn man sieht, wie das Christentum in Ungarn haust und diese Scheußlichkeiten hier verteidigt. Es ist zu verstehen, wenn Scheußlichkeiten und selbst Morde im Affekt begangen werden. Aber was in Ungarn geschieht wird mit kaltem Blute und kühler Ueberlegung getan. (Zwischenrufe: Wie es Bela Kun getan hat!) - StR. Winter: Da ist jedes Wort der Verteidigung eine Schandtat. GR. Forstner: Unter den Hingerichteten und Hingemordeten sind höchstens 10 % Juden, 90 % aber Christen und diese Morde verteidigen Sie. Diese Feststellungen sind nicht von uns sondern von Engländern konstatiert worden. - GR. Schmitz: Die englische Regierung hat ausdrücklich festgestellt, daß es einen weißen Terror nicht gibt. - GR. Forstner: Ihnen ist nur darum zu tun, die Position der Herthyh... zu stärken. Auf die Lebensmittel, die wir angeblich ~~aus~~ aus Ungarn beziehen, können wir ruhig verzichten, weil sie glück Null sind. Erst nach der Ernte können wir vielleicht auf solche rechnen. Die Bestrebungen der Deutschnationalen und Christlichsozialen haben es gemacht, daß die Arbeiter jetzt ~~mit~~ mit schärferen Mitteln gegriffen haben, und die Schädiger Wiens und Oesterreichs sind die Christlichsozialen und Deutschnationalen. Wir führen den Boykott weiter, auch wenn sie die Bewegung nicht unterstützen, zu der sie ~~fast~~ vom moralischen und christlichen Standpunkte verpflichtet wären. Was Sie meinen ist Schandung des Christentums. Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) verweist gegenüber dem Gemeinderat Dr. Kienböck, welcher davon gesprochen habe, daß man sich nicht im Verhältnisse des Auslandes (Ungarn) einmischen solle, darauf, daß wir uns im Jahre 1914 in die Verhältnisse des ausländischen Serbien gemischt haben, woraus so großes Unglück entstanden sei. Er sei selbstverständlich kein Freund eines Klassenmäßig eingeleiteten Boykotts und hätte es lieber gesehen, wenn in Zeiten des Völkerbundes auch das Bürgertum sich gegen derartige Ausschreitungen gewendet haben würde.

Er bespricht sodann die Frage der Verpachtung der städtischen Unternehmungen und stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat beschließt die Wahl eines dreigliedrigen Komitees, welches den Auf-

trag erhält, wegen Verpachtung der Straßenbahn, der Elektrizitäts- und der Gaswerke Erhebungen und Verhandlungen zu <sup>erhalten</sup> erlangen und dem Gemeinderat binnen 3 Monaten Bericht zu erstatten habe. Weiters stellt Redner den Antrag den praktischen Aerzten Monatsnetzkarten mit einer 50%igen Ermäßigung zu überlassen. Was die Tarifierhöhungen als solche anlangt, erklärt er dagegen stimmen zu müssen.

GR. Klimesch (Tscheche) gibt seiner Sympathie für den Boykott der Proletarier gegen Ungarn Ausdruck und spricht sich gegen die Fahrpreiserhöhung auf der Strassenbahn aus.

GR. Erntner (Deutschnational) weist darauf hin, dass die neuerlichen Tarifierhöhungen eine neue Teuerungswelle zur Folge haben werden und nennt sie eine schwere Schädigung der Bevölkerung, weshalb er gegen sie stimmen werde.

GR. Dr. Fellek (Jüdischnational) erklärt für die Verlage zu stimmen.

GR. Dr. Glassner (Christlichsoziale) beantragt die Aufhebung der Zone 5.

GR. Rummelhardt (Christlichsez.) bezeichnet es als eine Verleumdung, wenn behauptet wird, dass seine Partei die ungarischen Greuel verteidige.

Nach einem Schlusswort des Referenten 3. Emmerling wird die Verlage betreffend die Tarifierhöhungen um  $\frac{1}{2}$  2 Uhr nachts mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Jüdischnationalen angenommen. Die gestellten Zusatzanträge wurden dem Gemeinderatsausschuss für die Unternehmungen zur geschäftserdningungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.